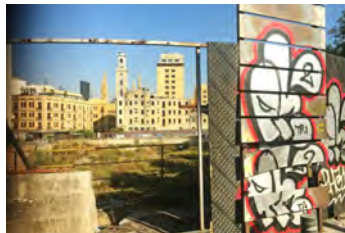


Ausharren auf dem Märtyrerplatz

14



Die jungen Libanes*innen haben genug von den korrupten Machteliten und besetzen seit Monaten den Märtyrerplatz. Eine Reportage aus der Hauptstadt Beirut.

In der Armenian Street in Beirut an einem Sonntagabend Anfang November: Langsam setzt die Dämmerung ein, aber die hell erleuchtete Haupteinkaufsstrasse ist immer noch belebt, die Schriftzüge der Imbissbuden schimmern in Neon, an den Kleiderständen vor den Läden hängen billige T-Shirts in bunten Farben. Junge dunkelhäutige Frauen, viele haben ihre Haare zu Cornrows geflochten, schlendern zu zweit von Laden zu Laden, einige gehen die Arme einander eingehakt. «Das sind Äthiopierinnen», erklärt Vartan, mein Fahrer. Der Sonntag ist ihr einziger freier Tag in der Woche, dann gehen sie raus und geniessen einige sorglose Stunden. Der Tag ermöglicht ihnen, etwas Abstand vom Alltag zu nehmen. Denn frei von Problemen ist ihr Leben im Libanon ganz und gar nicht: Hinter verschlossenen Türen leben und arbeiten im kleinen Staat am Mittelmeer rund eine Viertel Million Dienstmädchen aus Asien und Afrika, manchmal unter sklavenartigen Bedingungen. «Eine Philippina ist teuer, Äthiopierinnen arbeiten billiger», erklärt mir Vartan. Er selbst ist armenischer Abstammung und steht kurz vor der Pensionierung. Er arbeitet als Chauffeur für eine internationale NGO, ein Hausmädchen kann er sich nicht leisten. Er rechnet vor: Zuerst bezahlt man 3'000 Dollar für die Vermittlung, weiter fallen monatliche Ausgaben für das Salär von 200 Dollar an – ein Lohn weit unter dem libanesischen Durchschnitt von 450 Dollar. Gerechtfertigt wird der niedrige Lohn damit, dass die Arbeitnehmerinnen im Haushalt wohnen und der*die Arbeitgeber*in für Nahrung, Kleidung und Hygieneprodukte sowie für die Aufenthaltserlaubnis aufkommen muss.

15

Text und Bilder: Edita Truninger

Viele Libanes*innen stehen seit Jahren finanziell stark unter Druck. Das liegt an verschiedenen Faktoren: Die Lebenserhaltungskosten sind hoch, es gibt keine Steuerprogression, die Pension wird einmalig ausbezahlt, nach Erreichen des Pensionsalters ist es Angestellten untersagt, weiterhin einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Hinzu kommen exorbitante Handykosten. Das alles hat Libanes*innen aller Schichten und Religionen seit dem 17. Oktober 2019 auf die Strasse getrieben – die Downtown Area mit der gut neun Meter in die Höhe gereckten Holzfaust ist das Symbol für die Proteste gegen die sozialen Ungleichheiten im Land. Aktivist*innen errichteten Strassenblockaden und veranstalteten Sit-ins, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Die Medien in der arabischen Welt transportierten in ihrer Berichterstattung vor allem Bilder des tanzenden und feiernden Volks auf dem Märtyrerplatz und zementierten damit die Vorurteile, die über den Libanon kursieren: ein Volk, das pausenlos Party macht.

Während des Bürgerkriegs von 1975 bis 1990 verlief die Frontlinie durch die Downtown Area, nach Kriegsende lag die Zone in Schutt und Asche. Der inzwischen zurückgetretene Ministerpräsident Saad Hariri, ein reicher Geschäftsmann, hat damals das Viertel am Meer aufgekauft und mit seinem Baukonsortium moderne Gebäude mit Glasfronten hochgezogen. Doch das Viertel ist gesichtslos und ohne Leben. «Wir gehen auf die Strasse, weil wir öffentliche Plätze für das Volk zurückerobern wollen», fasst es Tour Guide Moustafa zusammen. «Normalerweise ist die Downtown Area leer, während der Proteste haben sich Abertausende hier versammelt», erklärt er den Teilnehmer*innen der Alternative Walking Tour, die Besucher*innen des Landes seit 2014 viermal wöchentlich einen Einblick in das andere Beirut gewährt. Die Kritik wendet sich an die Elite, die sich selbst bereichert. Gelder, die allgemeinnützigen Projekten zufließen sollten, versickern in den Taschen der Mächtigen. «Wir zahlen Steuern, bekommen jedoch fast keine öffentlichen Dienstleistungen zur Verfügung gestellt», fügt seine Kollegin Aya hinzu. Der öffentliche Verkehr wird immer mehr zurückgefahren, aus den Leitungen in den Haushalten der Hauptstadt kommt allzu oft salzhaltiges Wasser, in jedem Gebäude sind Generatoren installiert, weil auf die öffentliche Stromversorgung kein Verlass ist.

Ob alt oder jung, stolz sind die Libanes*innen vor allem darauf, dass die Proteste weitgehend gewaltlos verliefen. Besonders augenfällig erscheint dies angesichts der Tatsache, dass Menschen zur gleichen Zeit andernorts in der arabischen Welt ebenfalls auf die Strasse gingen, um gegen die Eliten anzuschreien.



Doch im Irak wurden die Aufstände blutig niedergeschlagen. «Ich weiss nicht, ob die gleiche Situation in einem anderen Land nicht zu einem Bürgerkrieg geführt hätte», sagt Moustafa. Die politische Führungsriege im Libanon hat sich nur sehr sporadisch mit Ansprachen ans Volk gewandt. Selbst die islamistisch-schiitische Partei und Miliz Hisbollah unter der Führung von Hassan Nasrallah übte sich in diskreter Zurückhaltung.

Ende Oktober passiert es dann endlich: Der Ministerpräsident Saad Hariri verkündet seinen Rücktritt. Da das Regierungssystem sowieso alle vier Jahre einen Wechsel vorsieht, verbuchten dies viele Libanes*innen jedoch nur als kleinen Sieg. Dass auch danach keine der Regierungsparteien einen politischen Führungsanspruch erhob, hat vor allem mit den bis zur Perfektion austarierten Machtverhältnissen im Land zu tun: Laut der Verfassung besetzen die grössten religiösen Gruppierungen die höchsten Positionen in der Regierung. Der Präsident muss ein maronitischer Christ sein, der Premierminister ein sunnitischer Muslim, der Parlamentsvorsitzende ein sunnitischer Schiite und der stellvertretende Parlamentsvorsitzende ein Anhänger der griechisch-orthodoxen Kirche. Die 128 Sitze im Parlament sind unter Christen und Muslimen aufgeteilt, und diese wiederum in die einzelnen Gruppierungen wie Sunniten, Schiiten, Drusen, Orthodoxe, Katholiken usw. Insgesamt gibt es im Libanon 18 anerkannte Religionsgruppen.

Diese Machtteilung hat Schlimmeres verhindert, glaubt Moustafa. Das Risiko, als Sündenbock zu gelten, wollte niemand eingehen. Eine Zuspitzung der Lage wurde so verhindert – aber auch die Lösung des Konflikts. «Alle Probleme im Land lassen sich letzten Endes auf eine schwache Regierung zurückführen», so Moustafa. Ein möglicher Lösungsansatz für die Aktivist*innen wäre eine Regierungsbildung mit Technokraten – also Personen, die keiner Partei angehören, sondern Expert*innen sind auf ihrem Gebiet. «Wir wollen eine*n Finanzexpert*in im Finanzdepartement, ein*e Ingenieur*in im Bausektor und eine*n Mediziner*in im Gesundheitssektor», verdeutlicht er die Forderungen.

Während die politische Patt-Situation andauert, droht das Land in eine Wirtschaftskrise abzurutschen. Mittlerweile gibt es niemanden mehr im Land, der*die nicht davon betroffen wäre: Seit 1997 ist das libanesische Pfund (auch Lira genannt) direkt an den US-Dollar gekoppelt. Offiziell wird der Dollar zwar nach wie vor mit der Umrechnungsquote 1500 Lira zu einem US-Dollar gewechselt. In der Realität ist der Ankauf von Dollar jedoch sehr viel teurer. Auf dem Schwarzmarkt bezahlt man für einen Dollar je nach

Tag und Uhrzeit bis zu 2'200 Libanesische Lira. Um einen möglichen Staatsbankrott zu verhindern, haben die meisten Banken Limiten eingeführt. So ist es vielen Kund*innen nur noch möglich, bis zu 150 US-Dollar die Woche abzuheben. Einige Geldinstitute haben das monatliche Bezugslimit auf 200 US-Dollar begrenzt. Für viele Wirtschaftszweige hat dies verheerende Auswirkungen. Nun sind es Tankstellen und Bäckereien, die in Streik treten, da deren Betreiber*innen ihre Importe in US-Dollar bezahlen müssen, aber dazu verpflichtet sind, ihre Ware in der libanesischen Währung zu verkaufen. Auf diese Weise geht einem Geschäft sehr schnell der Sauerstoff aus.

Die Geschäftstüchtigkeit ist ein anderes Klischee, das weltweit über die Libanes*innen im Umlauf ist. Samir, heute Taxifahrer in Beirut, hat jahrelang als Bauingenieur in Liberia gearbeitet und erinnert sich, dass er von seinen Kollegen oft mit dem Witz aufgezogen wurde: «Sogar auf dem Mond findet sich noch ein Libanese, der Geschäfte macht.» Samir steht voll hinter den jungen Leuten und ihren Forderungen, fühlt sich aber zu alt, um selbst an den Protesten teilzunehmen. «Es mag den Libanon mal durchschütteln – aber fallen kann das Land niemals», ist er überzeugt.

Obwohl der Grossteil der Protestierenden den Alltag inzwischen wieder aufgenommen hat, harren einige weiterhin in der Zeltstadt auf dem Märtyrerplatz aus. Ökonom*innen warnen, dass finanzkräftige Investor*innen einem Land mit unsicherer Zukunft kaum Mittel gewähren. Moralischer Support hingegen ist den Aktivist*innen sicher: «Wir haben während der Proteste über die sozialen Medien eine unglaubliche Welle der Solidarität aus der arabischen Welt gespürt», erzählt Moustafa. Auch eine Spur Neid schwingt mit. Seine Meinung in der Öffentlichkeit geltend zu machen ohne Angst vor Vergeltung ist schon viel. Eine gesicherte Zukunft bedeutet es noch lange nicht. ◀◀◀

Die Winterthurerin Edita Truninger ist Journalistin und Buchautorin. Die Reportage entstand im November 2019 während eines Aufenthalts in Beirut.

Am Samstag, 18. Januar, zwei Tage vor dem Druck dieser Ausgabe, kam es in Beirut zu Ausschreitungen, über 200 Menschen wurden verletzt.